Abendausgabe

Nr. 447 ♦ 43. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 221

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch
22. September 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Für die deutsch-französische Abmachung

Einmütigkeit der französischen Regierung. — Offiziöse Mitteilung.

Paris, 22. November. (WTB.) Die Agentur „Havas" beschäftigt sich in einer offiziösen Auslassung mit den Verhandlungen, die im gestrigen Ministerrat geführt wurden. Entgegen den pessimistischen Voraussagen habe sich, nachdem Briand seine Kollegen über den Verlauf seiner Besprechungen mit dem deutschen Minister des Auswärtigen in Kenntnis gesetzt habe, keinerlei Meinungsverschiedenheit gezeigt. Aus dem offiziellen Kommuniqué ergebe sich ferner, daß, wenn im Verlauf der ersten Unterredung Briand mit Stresemann die Zukunftsmöglichkeiten geprüft habe, die sich für die deutsch-französischen Beziehungen angesichts der augenblicklichen politischen Verhältnisse der beiden Länder ergeben, die Verhandlungen doch nicht den Rahmen der Allgemeinheiten überschritten hätten. Obwohl die offizielle Mitteilung nicht von den Gegenständen spreche, die die beiden Minister angeschnitten hätten, wisse man durch Pressemitteilungen, daß die Besprechungen namentlich

die Räumung des Rheinlandes und die Rückerstattung des Saargebiets und als Gegenleistung die demnächstige Kommerzialisierung eines Teils der Reichsobligationen

betroffen haben. Der französische Minister des Aeußern habe sich wohl gehütet, irgendeine Verpflichtung hinsichtlich dieser Probleme zu übernehmen oder auch nur den geringsten Vorentwurf eines Abkommens auszuarbeiten. Briand selbst habe erklärt: „Alles, was ich getan habe, läßt der Regierung ihre vollkommene Handlungsfreiheit, und das Kabinett hat heute davon in günstiger Weise Gebrauch gemacht." Nachdem also die Minister dem Grundsatz zugestimmt hätten, die gepflogenen Verhandlungen weiterzuführen, die den Zweck hätten, aufs beste in dauerhafter Weise die Probleme zu lösen, die die Anwendung des Friedensvertrags aufwerfe, habe eine Diskussion eingesetzt über die Entwicklung, die durch die Initiative der beiden Minister des Außern eingeleitet werden könne.

Artikel 431 des Friedensvertrags von Versailles gestatte die Räumung des Rheinlandes vor den vorgesehenen Zeitfristen, aber unter der Bedingung, daß Deutschland alle seine Verpflichtungen erfüllt habe. Was die Reparationen betreffe, so erfülle das Reich bis jetzt getreu die Verpflichtungen nach dem Dawes-Plan, aber es scheine nicht, daß nach dem jüngsten Bericht das gleiche Ergebnis hinsichtlich der Entwaffnung erzielt worden sei. Die Regierung werde also im Einverständnis mit ihren Sachverständigen die Bedeutung dieser Verpflichtungen abschätzen und festzustellen haben, in welchem Maße sie die Fortsetzung der Besetzung als Sanktion rechtfertigen. Die Rückerstattung des Saargebiets an Deutschland vor der vorgesehenen Frist von 15 Jahren und die damit im Zusammenhang stehende Volksabstimmung sei durch den Versailler Vertrag vorgesehen. Die Bedingungen dieser Operationen und ihre Folgen jeder Art müßten sehr eingehend geprüft werden. Was die teilweise Mobilisierung der Reichseisenbahnobligationen betreffe, so sei sie sehr wünschenswert, aber ihre Verwirklichung ergebe Schwierigkeiten finanzieller und politischer Art, die eine eingehende Prüfung erforderten, da der Beistand Deutschlands nicht allein für den Erfolg dieser Operation genüge. Man müsse auch mit den Dispositionen des Weltmarktes rechnen.

Diese ganz schematische Aufzählung genüge, so schließt Havas seine Mitteilung, um die

Vielseitigkeit und Bedeutung der Lösungen,

die eintreten sollen, aufzuzeigen. Unter diesen Umständen sei es vollkommen natürlich, daß sich die Regierung mit allen unerläßlichen Garantien umgeben wolle. Erst nachdem sie im Besitze aller technischen Elemente der Dispositionen sei, könne der Ministerrat in seiner demnächstigen Sitzung die Prüfung der offiziellen Bedingungen einer deutsch-französischen Abmachung, als deren Anhänger er sich jedoch schon jetzt erkläre, fortsetzen.

Richard Fischers letzter Gang.

Die Einäscherung unseres verstorbenen Vorkämpfers und Freundes Richard Fischer findet am Sonnabend, 3 Uhr nachmittags, im Krematorium Baumschulenweg statt. Genosse Wels wird die Gedächtnisrede halten.

Die Berliner Partei veranstaltet am Sonntag, den 26. September, vormittags 11 Uhr, im Blüthnersaal, Lützowstraße, für ihren langjährigen Vertreter im Reichstag eine Gedächtnisfeier, bei der Genosse Hermann Müller sprechen wird.

Beileidskundgebungen.

Der Parteivorstand hat an Frau Fischer folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Tod Ihres lieben Gatten hat wieder einen unserer Alten und Besten aus unseren Reihen gerissen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der Richard Fischer mehr als drei Jahrzehnte seinen klugen Rat lieh, übermittelt Ihnen und Ihren Kindern das herzlichste Beileid. Wer den temperamentvollen Kollegen Fischer in unserer Mitte tätig sah, dem wird sein Wirken unvergeßlich bleiben."

•

Beim Parteivorstand und den Familienangehörigen des verstorbenen Genossen Richard Fischer sind zahlreiche Beileidstelegramme von Parteiorganisationen, Zeitungen und Parteigenossen eingegangen.

Reichskanzler Dr. Marx hat der Witwe und den Kindern des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Richard Fischer zugleich im Namen der Reichsregierung sein herzlichstes Beileid telegraphisch übermittelt.

Ausklang der Genfer Delegationsarbeit.

Breitscheid über die Zusammenarbeit mit Stresemann

Genf, 22. September. (WTB.) Bei einem Dienstag abend von den parlamentarischen Mitgliedern der deutschen Delegation veranstalteten geselligen Beisammensein mit den übrigen Delegationsmitgliedern und einem kleineren Kreis von Gästen hielt der Abg. Dr. Breitscheid eine groß angelegte Rede über die Zusammenarbeit zwischen den parlamentarischen Mitgliedern und der Delegationsführung. Dr. Breitscheid verglich dabei den gegenwärtigen Augenblick mit demjenigen des Einlaufens des Schiffes in den in der Ferne sichtbaren Hafen. Die Meinungsverschiedenheiten der Parteien über das anzusteuernde Ziel seien nach Ueberwindung der Stürme und Schwierigkeiten, denen das ganze Schiff ausgesetzt war, beseitigt und nur das gemeinsame Ziel stehe allen vor Augen. „Wir hoffen", so sagte Dr. Breitscheid, „dem Ziele näher gekommen zu sein und damit auch dem Willen unseres Auftraggebers — das ist das deutsche Volk — entsprochen zu haben!" Dieses Ziel in seiner letzten Formulierung sei die Sicherung des europäischen Friedens, eines Friedens, in dem ein gleichberechtigtes Deutschland neben den anderen Mächten stehe. Mit der Resultante der von Haus aus verschiedenen Meinungen seien alle einverstanden, und er fühle sich veranlaßt, dem Kapitän, dem Führer, dem Reichsminister des Aeußern den Dank der parlamentarischen Delegationsmitglieder für die vertrauensvolle Zusammenarbeit auszusprechen. Die Rede Dr. Breitscheids klang in den Wunsch aus, daß Dr. Stresemann auf diesem Wege weitergehen möge. Er, Breitscheid, glaube, ihm versichern zu können, daß die in Genf vertretenen Parteien ihn auf diesem Wege, unbeschadet der sonstigen parteimäßigen Scheidung, begleiten und unterstützen würden. „Gegen die, die sich ihm entgegensetzen, werden wir kämpfen, und die, die nörgeln und zaghaft nebenher laufen, können wir auf diesem Wege nicht brauchen."

Auf die warm empfundenen und unter dem Eindruck der Stunde mit der bekannten rednerischen Gewandtheit vorgetragenen Worte erwiderte Reichsminister Dr. Stresemann mit einer Ansprache, in der er seinen Dank für die Ausführungen Dr. Breitscheids und seine Freude über den schönen Ausgang gemeinsamer Arbeit aussprach. Er erinnerte an die Schwierigkeiten des Weges, der nach Genf führte, und stellte ihnen wirksam die Empfindungen entgegen, die alle Teilnehmer der gegenwärtigen Völkerbundstagung notwendig beseelen müssen. Der Minister nahm die Feststellung vertrauensvoller Zusammenarbeit durch den Vorredner mit Vergnügen zur Kenntnis und dankte seinerseits für die wertvolle Unterstützung, die dem gemeinsamen Werk aus der Zusammenarbeit zwischen beamteter und parlamentarischer Delegation zuteil geworden sei. Diese Mitwirkung der Volksvertreter habe im vollen Umfange das gehalten, was er sich bei ihrer Inanspruchnahme davon versprochen habe. Dr. Stresemann schloß mit dem Hinweis darauf, daß er für die Verschiedenheiten der Methoden und die Kritik an ihnen volles Verständnis habe, und mit dem Wunsche, daß in einer Frage es keine Parteien geben möge, in der Frage des außenpolitischen Weges, den Deutschland beschritten und weiter zu gehen habe.

Ein Kampf ums Recht.

Berufungsverhandlung im Finsterwalder Prozeß.

Heute vormittag hat in Kottbus die Berufungsverhandlung im Finsterwalder Prozeß begonnen. Der Stahlhelm veranstaltete im Oktober vorigen Jahres in Finsterwalde einen Stahlhelmtag. Bei dem Umzug des Stahlhelms wurde die Bevölkerung fortgesetzt beschimpft und als einige Rot-Front-Leute sich dagegen wehrten, ging der Stahlhelm zum „Sturm" vor und „säuberte" die Straße. Die bürgerliche Hetzpresse benutzte diesen Vorfall, um auf die Polizei und auf den damaligen Bürgermeister Ostromski zu hetzen. Im Stil von Grevesmühlen wurde ein Prozeß aufgezogen, 35 Mitglieder des Rot-Front und Reichsbanner unter Anklage gestellt. Entlastungszeugen wurden nicht gehört und die Aussagen der schlagenden Stahlhelmer waren Beweis genug, um einen Angeklagten mit 9, einen mit 8, vier mit 7, zwei mit 4, einen mit 3 und einen mit 2 Monaten Gefängnis zu bestrafen. Alle Angeklagten hatten gegen ein solches Urteil, das Schöffen gefällt haben, die vorher schon gegen das Reichsbanner Schimpfreden geführt haben, Berufung eingelegt. Bei der Berufungsverhandlung sind insgesamt 105 Zeugen geladen, durch deren Vernehmung hoffentlich endlich die politischen Hintergründe des Prozesses aufgeklärt werden.

Nachfolger Richard Fischers im Reichstag als Vertreter von Berlin ist Genosse Hermann Waeger, Leiter der Beamtenzentrale der Partei.

Die Reichsbahn-Obligationen.

Wie mobilisiert man sie?

Als durch das Gesetz über die Deutsche Reichsbahngesellschaft vom 30. August 1924 entsprechend den Vorschlägen des Dawes-Planes die Eisenbahn zum Unterpfand der Reparationen gemacht wurde, handelte es sich darum, zunächst die jährlichen Zahlungen Deutschlands im Rahmen seiner voraussichtlichen Leistungsfähigkeit festzusetzen. An die Uebertragung großer Beträge aus den Kapitalschulden, die zur Sicherung der Ansprüche der Reparationskommission eingetragen worden waren, dachte wohl damals kein Mensch; sonst hätte man nicht den Zinsfuß für die Reparationsschuldverschreibungen der Reichsbahn ebenso wie diejenigen der Industrieobligationen mit 5 Proz. um volle 3 Proz. niedriger halten können, als den Zinsfuß der internationalen Stabilisierungsanleihe, die zur gleichen Zeit beschlossen und ausgegeben wurde.

Jetzt ist durch die Finanznot Frankreichs mit einem Schlage das Problem der Kapitalübertragung akut geworden. Die jährlichen Reparationsleistungen Deutschlands verteilen sich auf eine zu große Zahl von Gläubigern, als daß Frankreich daraus eine fühlbare einmalige Entlastung seiner Staatsfinanzen erwarten könnte. Daher ist in den deutsch-französischen Verständigungsverhandlungen zu Thoiry das Projekt wieder in den Vordergrund getreten, einen Teil der Kapitalschulden Deutschlands aus dem Reparationsvertrag von London zu mobilisieren, und zwar dachte man zunächst an einen Teil der 11 Milliarden Mark Reparationsschuldverschreibungen der Reichsbahn, die heute in Reichsmark verzinst und getilgt werden müssen. Diese Verzinsung beträgt vom 1. August 1928 ab 5 Proz. jährlich, wozu noch 1 Proz. Tilgung kommt. Augenblicklich ist der Zinssatz mit 4 Proz. eingesetzt.

Würde man 1½ Milliarden Mark dieser Obligationen unterbringen und dabei einen angemessenen Kurs erzielen, so wäre sicherlich eine ganz gewaltige Entlastung des französischen Staatshaushalts zu erwarten. Voraussetzung ist natürlich, daß die übrigen Reparationsgläubiger einem derartigen Abkommen zustimmen und mindestens den weitaus überwiegenden Teil des Erlöses zur Zahlung an Frankreich freigeben. Es bedarf also schon zur Festlegung einer derartigen zwischenstaatlichen Abrede der Zustimmung der übrigen Ententestaaten. Aber damit sind die Schwierigkeiten, die sich einer derartigen Regelung entgegenstellen, noch nicht erschöpft.

Um das Rechtsverhältnis dieser Schuldverschreibungen gegenüber der Reichsbahn festzustellen, ist folgendes zu bemerken: Das Grundkapital der Reichsbahn beträgt 15 Milliarden Mark. Davon sind 13 Milliarden Mark Stammaktien in den Händen des Reiches. Außerdem gibt es 2 Milliarden Mark Vorzugsaktien, von denen 500 Millionen Mark zur Erfüllung der Reparationsschuld zu verwenden waren, während die restlichen 1½ Milliarden der Reichsbahn selbst zur Kapitalbeschaffung zur Verfügung stehen. Ein Teil der Vorzugsaktien wurde bereits vom Reich übernommen. Die erwähnten 11 Milliarden Mark Schuldverschreibungen sind die Generalhypothek auf die Reichsbahngesellschaft, die der Sicherung der Ansprüche der Reparationsgläubiger dient. Es sind zu diesem Zweck Schuldtitel in Höhe von 11 Milliarden Mark dem Reparationstreuhänder übergeben worden, und zwar in Form einer Anweisung, die alle Sicherungen, Zins- und Tilgungsmodalitäten der Schuldverschreibungen enthält.

Der Reparationsagent hat demnach aus den Obligationen nur einen Anspruch auf Zinsen und Tilgung. Will er das Kapital dafür mobilisieren, so muß er diese Anweisungen oder entsprechende andere Papiere auf dem Weltkapitalmarkt unterbringen. Bei der gegenwärtigen Höhe der Zinsen für festverzinsliche Anlagen ist allenfalls damit zu rechnen, daß heute bei einer Unterbringung eines Teiles der Anleihen ein Ausgabekurs von 76 bis 77 Proz. zu erzielen ist, wovon wahrscheinlich noch die Provisionen der Banken abgehen. Dieser Kursverlust macht es erklärlich, daß man bisher von einer Verwertung der Reichsbahnobligationen abgesehen hat. Die Papiere selbst stellen ungefähr die sicherste Kapitalanlage dar, die es auf der ganzen Welt gibt. Obwohl die Reichsbahn formell eine Privatgesellschaft ist, ist sie doch durch den Reichsbesitz an dem Vermögen der Privatgesellschaft ebenso wie durch ihre Unentbehrlichkeit für die gesamte Volkswirtschaft mit dem Gedeihen Deutschlands unlösbar verknüpft. Es ist daher durchaus wahrscheinlich, daß auf die Dauer der Parikurs (100 Proz.) erreicht wird, wenn nicht abnorme Verhältnisse am internationalen Kapitalmarkt eintreten. Ein Kapitalverlust ist also bei einer Ausgabe der Reichsbahnobligationen unter allen Umständen zu gewärtigen. Dieser Verlust geht aber auf Kosten der Reparationsgläubiger, da die deutsche Leistungspflicht mit der Ausschreibung Verzinsung und Tilgung der Obligationen erschöpft ist.

Von außerordentlicher Tragweite sind auch die Fragen, die sich an die Sicherstellung des Kapitaldienstes in fremder Währung knüpfen. Deutschland hat bekanntlich nur in Mark zu zahlen. Wie der Reparationsagent diese Mark in Dollars, Pfunde oder Franken umschlägt, das ist bisher seine eigene Angelegenheit. Verpflichtet ist er jedoch, die Käufe an fremden Devisen einzustellen, sobald die deutsche Währung dadurch erschüttert wird. Der internationalen Finanz würde wahrscheinlich nicht damit gedient sein, daß Zinsen und Tilgung der international gehandelten Papiere wahlweise in Mark oder in fremder Währung erfolgen. Aus diesem Dilemma muß ein Ausweg gefunden werden. Ob

überhaupt der internationale Kapitalmarkt in der Lage ist, einen so großen Betrag an Wertpapieren mit einem Male aufzunehmen, muß mindestens bezweifelt werden. Die Ausgabe wird vorsichtig und schrittweise erfolgen müssen, wenn der Kursverlust bei der Ausgabe der Papiere nicht noch größer werden soll. Eine Mitwirkung der internationalen Banken ist dabei unerläßlich.

Wie man sieht, knüpfen sich an das Problem der Eisenbahnobligationen schwierige Fragen in großer Zahl. Sicher ist, daß diese Fragen bei gutem Willen aller Beteiligten gelöst werden können. Ebenso sicher ist aber, daß die Regelung im einzelnen eine Unmenge von Vorberatungen erfordert, bei der auch die Rivalität der einzelnen Reparationsgläubiger erst überbrückt werden muß. Aber es ist nur zu wünschen, daß auch die übrigen beteiligten Staaten begreifen, was in Genf und in den folgenden Verhandlungen als Gemeingut der deutschen und der französischen Staatspolitik zum erstenmal in Erscheinung getreten ist: nämlich daß eine Rettung aus der Zerrissenheit Europas, aus seiner Isolierung in Weltwirtschaft und Welthandel nur dann möglich ist, wenn zunächst in diesen Fragen eine Verständigung erzielt wird. Es ist ein Stück Wiederaufbau der Wirtschaftssolidarität der Völker, was hier getrieben wird — eine Aufgabe, der sich kein Land entziehen kann, ohne auf die Dauer seine eigenen Interessen zu gefährden.

•

In den Vereinigten Staaten steht man dem Projekt einer Auflegung der Reichsbahnobligationen mit einiger Zurückhaltung gegenüber. Eine WTB.-Meldung aus New York berichtet dazu:

Wie „Journal of Commerce" aus Washington meldet, hat zwischen Coolidge und Mellon eine Besprechung stattgefunden. Mellon soll erklärt haben, er halte die wirtschaftliche Basis in Europa für gesünder als bei seinem vorhergehenden Besuch. Mellon hält die amerikanische Stellungnahme gegenüber den europäischen Schuldnerstaaten für gerechtfertigt. Die Meldungen betreffend den Vorschlag, die deutschen Eisenbahnobligationen auf den Markt zu bringen, ließ Mellon unkommentiert.

Es hat indessen den Anschein, als ob amtliche Kreise die Zeit noch nicht für gekommen erachten, um solche Schritte zu unternehmen. Es wird darauf hingewiesen, daß beträchtliche Zweifel darüber herrschen, ob der Weltmarkt in der Lage ist, alle Obligationen aufzunehmen, ohne zugleich ihren Kurs zu drücken. Sollte andererseits nur ein Teil der Obligationen auf den Markt geworfen werden, so würde die Verteilung des Erlöses nicht genügen, um unter den gegenwärtigen Umständen als irgendeine Hilfe bezeichnet werden zu können.

Wie verlautet, wird in amtlichen Kreisen die Meinung vertreten werden, daß sich in kurzer Zeit die Verhältnisse derartig ändern werden, daß die in Vorschlag gebrachte Veräußerung der Obligationen durchführbar ist. In anderen Kreisen erklärt man wiederum, daß eine Besserung der wirtschaftlichen Lage den Verkauf der Bonds unnötig machen würde.

Gegenüber diesen sich widersprechenden Meinungen ist noch darauf hinzuweisen, daß die Frage der Auseinandersetzung der europäischen Reparationsgläubiger mit ihren Schuldnern jede andere Behandlung verträgt als die eines Aufschubs ins ungewisse. Wenn sich zwei Staaten wie Deutschland und Frankreich mit Zustimmung Englands und anderer Länder auf ein Programm der politischen Befriedung und wirtschaftlichen Konsolidierung einigen, so haben auch die Geldgeber Deutschlands, die Vereinigten Staaten, ein Interesse daran, daß diese Entspannung nicht durch nationalistische Quertreibereien gestört wird. Ein Blick in die Hugenberg-Presse würde den Amerikanern genügen, um zu zeigen, wie bereits jede noch so leise Andeutung einer Ablehnung des Konsolidierungsplanes durch die Amerikaner von unseren Reaktionären ausgenutzt wird.

Es wäre daher nur zu wünschen, daß die Amerikaner bei der Behandlung des Reparationsproblems denselben Sinn für die politischen Zusammenhänge und wirtschaftlichen Erfordernisse beweisen, den man bei früheren Anlässen ihnen nachgerühmt hat. Die Auflegung der Eisenbahnobligationen würde fraglos der New Yorker Hochfinanz kein schlechteres Geschäft bringen, als ihr die Reparationsanleihen gebracht hat. Politisch aber würden die Vereinigten Staaten viel stören und manches Vertrauen zerstören, wenn es mit allzu kleinlichen Bedenken ein Mittel der wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands und Frankreichs zerschlüge, ohne ein besseres an seiner Stelle zu bieten.

Das Gebäude kracht.

Revolutionsdrohung von Kommunisten gegen Kommunisten

Die kommunistische Zentrale kann das Chaos in der KPD. und in der Moskauer Internationale nicht mehr verborgen halten. Sie sieht sich gezwungen, in der „Roten Fahne" gegen eine oppositionelle Resolution zu polemisieren, die ihr wie eine Fanfare in den Ohren geklungen hat. Diese Resolution lautet:

„Die Mitgliedschaft der Betriebszelle „Konsum" erkennt:

1. in der Maßregelung des Genossen Sinowjew und anderer Führer der linken Opposition in Rußland,

2. in Massenausschlüssen innerhalb der KPD. den Anfang der Liquidierung der Komintern, die in Wirklichkeit schon früher begonnen, jetzt aber in eine entscheidende Phase eingetreten ist, so klar ersichtlich ist, daß die Weltpartei Lenins auf das ernsthafteste bedroht ist.

Weiter erkennt die Zelle „Konsum",

daß die gesamte Staats- und Gesellschaftsordnung in Rußland schon heute unter dem nicht mehr verschleierten Zeichen der Reaktion steht

und die proletarische Diktatur ganz offen abgebaut wird. Klar und deutlich tritt in Erscheinung, daß die in Rußland durchgeführte Nationalisierung fast vollständig auf Kosten des Proletariats durchgeführt wird, und daß alle Abwehrmaßnahmen des Proletariats mit allen Mitteln der Staatsmacht unterdrückt werden.

Die Zelle „Konsum" erklärt sich daher solidarisch mit den politisch und wirtschaftlich entrechtetsten Proletariermassen

und fordert diese auf, den verschärften Klassenkampf in Stadt und Land zu beginnen und damit vorzubereiten die zweite Revolution zum Sturze der Macht des Kulakentums und der Nep-Bourgeoisie

und aufzurichten die wirkliche Diktatur des Proletariats.

An alle wirklichen Revolutionäre der Weltpartei Lenins ergeht der Ruf, dem schwergeprüften russischen Proletariat in seinem schweren Kampfe beizustehen und alles zu tun, um dem Weltproletariat zum endgültigen Siege zu verhelfen über die Weltbourgeoisie und den Weltimperialismus."

Also ein unverhüllter Aufruf zum Sturz der Diktatur Stalins! Er geht aus von dem früheren Pol-Leiter des Wedding, Giwan, der, wie die „Rote Fahne" sagt, „bis heute noch ein Mitgliedsbuch der KPD. besitzt". Die Zentrale der KPD. polemisiert gegen diesen Aufruf, dem sie große Bedeutung zuschreibt. Sie nennt ihn „den vollkommenen Ausdruck einer bis zu Ende ausgereiften menschewistischen Ideologie". Sie gibt zugleich zu, daß es nicht nur oppositionelle Gruppen in der KPD. gibt, nicht nur die Entschließung der 700, sondern einen geschlossenen „Oppositionsblock". Ueber die Gesamtauffassung des Oppositionsblocks schreibt sie:

„Ueber alle besonderen Gruppierungen und Schattierungen hinweg besteht eine Gesamtauffassung der Opposition von der proletarischen Diktatur. Die Gesamtauffassung läuft auf die These hinaus, daß die Ergebnisse der bisherigen neun Jahre des Bestehens der Sowjetmacht nicht zur Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern zu ihrer Unterdrückung durch die Reaktion, nicht zum Beginn des sozialistischen Aufbaus, sondern zur Wiederherstellung des Kapitalismus „auf Kosten des Proletariats" geführt haben bzw. führen werden.

Diese Auffassung steht in vollständigem Widerspruch zur leninistischen Theorie und zu den Grundsätzen des internationalen Kommunismus, der die Union Sozialistischer Sowjetrepubliken als den ersten siegreichen proletarischen Staat in der Weltgeschichte, als das erste Land des sozialistischen Aufbaus betrachtet. Die Auffassung der Opposition steht auch in krassem Widerspruch zu den praktischen Schlußfolgerungen des linken sowjetfreundlichen Teiles der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die in folgender Erklärung der soeben zurückgekehrten zweiten deutschen Arbeiterdelegation niedergelegt sind:

„Die von allen Seiten angefeindete Diktatur des Proletariats hat sich segensreich für die Arbeiter- und Bauernklasse der Sowjetunion ausgewirkt. Hier in Rußland herrscht der Arbeiter; er baut seine sozialistische Wirtschaft auf."

Dagegen steht die Gesamteinschätzung der proletarischen Diktatur durch unsere linke Opposition völlig im Einklang mit den Ansichten des internationalen Menschewismus."

Die Opposition bezichtigt die Stalin-Diktatur und die Zentrale der KPD. des Arbeiterverrats, die Zentrale bezichtigt die Opposition des Menschewismus. Der Weg der Opposition, so ruft die Zentrale, geht zu Dan und Kautsky, geht zur 2. Internationale! Der Weg der Zentrale, so ruft die Opposition, geht zum Kulakentum und zur Nep-Bourgeoisie, zur Unterdrückung der Arbeiterschaft.

Der Kampf in der KPD. ist so erbittert, daß aus der Opposition der Ruf nach dem bewaffneten Aufstand kommt — nach dem bewaffneten Aufstand gegen die derzeitigen Moskauer Diktatoren.

Dieser Krach kann durch keinerlei Ablenkungstheater mehr verborgen werden.

Ablenkungstheater.

Gegen Einlaßkarten hatte die KPD. gestern abend im Lehrervereinshaus den fälligen Rummel mit der sogenannten „Arbeiterdelegation" aufgezogen. Wir stellen gerne fest, daß es der KPD. gelingt, wenn sie den nötigen Druck ausübt, zwei mittelgroße Säle in Berlin zu füllen. Da man unter sich war und „störende" Richtigstellungen nicht zu fürchten brauchte, konnte man die russische und die deutsche Sozialdemokratie und dazu noch die deutschen Gewerkschaften in Grund und Boden reden.

Der Hauptredner, Fritz Körber, unterstrich noch seine Ausführungen, die wir bereits gestern abend festgestellt hatten. Er erzählte, daß unsere Genossen in den Gefängnissen von Tiflis nach der letzten Pariser Mode gekleidet seien, gebügelte Hosen tragen, sich frei bewegen können (in einem Gefängnis!) und daß sie der armen ausgehungerten Delegation Pfirsiche zur Erfrischung anbieten konnten.

Der zweite Berichterstatter, ein gewisser Feig, war erheblich weniger lyrisch. Er gab zu, daß in Rußland in bezug auf die Arbeitsmethoden und die technischen Einrichtungen vieles sehr rückständig sei. Er bemängelte auch, daß die Löhne zu stark gestaffelt seien. Das läge daran, daß zu wenig qualifizierte Arbeiter da seien und diese also einen viel höheren Lohn als die anderen Arbeiter erhalten müßten. Auch im Wohnungswesen läge es noch sehr im argen. Das komme aber daher, weil der russische Arbeiter keine Ansprüche an die Wohnungen stelle!

Körber schloß seine Ausführungen mit dem Bekenntnis, daß er sich verpflichtet habe, für die gewerkschaftliche Einheitsfront aller Arbeiter, nicht nur der freigewerkschaftlichen, tätig zu sein. Diese Erklärung ist in der „Roten Fahne" folgendermaßen umgebogen: „Kämpft in den Gewerkschaften gegen das kapitalistische System! Kämpft für die internationale Gewerkschaftseinheit!"

Körber hat freilich nicht hinzugefügt, in welchen Gewerkschaften er für die „Einheitsfront" kämpfen will. Sicherlich nicht in den freien Gewerkschaften. Sonst hätte er nicht, bevor er nach Rußland reiste, den Versuch gemacht, seine Berufskollegen aus dem Deutschen Verkehrsbund herauszuziehen. Das ist der „Klassenkampf" und der Kampf für die „Einheitsfront" des Vorsitzenden dieser „Arbeiterdelegation".

Der Mehrwert des Mikado.

Von Fritz Ohrtmann.

In unserem Prozentzeitalter haben auch die Monarchen den Mammon nicht meiden mögen, die Kronen bedienten sich des beliebten ehrlichen Maklers ebensosehr auf den Börsen wie in der Diplomatie. Der Marxismus hat dem jeweiligen ausmünzbaren Effekt solchen gewinnbringenden Strebens die etwas unverhüllte Bezeichnung Mehrwert aufgeprägt. Die Kapitalisten aller Länder haben zwar diesem nackten Begriff eine prächtige Garderobe geschenkt, — aber selbst mit Zins, Dividende, Bonus, Tantieme und all der anderen Mehrwertmaskerade wollen die ihnen assoziierten Monarchen aller Länder nichts zu tun haben. Bei ihnen handelt es sich nicht um Mehrwert, sondern um Mehrgeltung. Sie spekulierten munter drauf los, in Kongowerten, Chmesen, Diamantenshares und Spielbankanteilen, aber dies geschah selbstverständlich beileibe nicht um der privaten Schatullenschwellung, sondern um der nationalen Vermögensvermehrung willen.

Natürlich war auch der Mikado mit von der Partie. Die rapide Industrialisierung des feudalen Japans hat in der kaiserlichen Schatzkammer eine gründliche Revolution angerichtet. Wo einst metallener Reichtum funkelte, liegen heute dicke Aktienpakete, deren unsichtbare Kräfte die arbeitenden Untertanen des Inselreiches in einer viel wirksameren Willfähigkeit halten als vormals der sichtbare Glanz der Dynastie. Aber in den Tiefen des Staates grollt ein Erdbeben, das der herrschenden Bureaukratie viel gefährlicher ist als alle Einbrüche an der pazifischen Küste. Bei den nächsten Wahlen wird die neugegründete Arbeiterpartei Japans ihren ersten Masseneinzug ins Parlament halten, und den proletarischen und bäuerlichen Massen wird es immer deutlicher, daß die grausam geübte Macht des Mikado nicht auf dem Willen der Götter, sondern auf Tresore und Tanks gegründet ist. Der Mikado hat sich deshalb zu einer radikalen sozial-ethischen Geste entschlossen, die in den Hausministerien seiner europäischen Kollegen keine geringe Verwirrung auslösen wird. Der Herrscher Japans will das Odium des Mehrwerts kurzerhand von sich abstreifen, kein japanischer Lohnsklave soll in Zukunft seinem Kaiser Dividenden erschuften, denn der gesamte Besitz der Krone an Industriepapieren wird mit allerhöchstem Auftrage abgestoßen. Es wird der Kaiser mit dem Volke gehen, die verführten japanischen Proletariermassen werden aufs neue ihrem angestammten Herrscher zujubeln und ihre gewissenlosen Führer werden schleunigst Harakiri machen.

Zu schade nur, daß die bösen Marxisten es nicht unterlassen werden, inmitten der allgemeinen Begeisterung ihre finsteren Gedankengänge weiterzuspinnen. Was z. B. geschieht mit den Mehrwertanteilen, auf die der Mikado so großmütig verzichten will? Die speziellen Mehrwertpartikel, die bisher dem kaiserlichen Kapitalisten zuflossen, werden künftighin von den Gruppen angehäuft, die seine Aktienpakete erwerben. Der Mikado aber wird den Geldertlös auf seine Bank tragen. Im Augenblick aber, wo er sich mit angeekelter Miene von dem Mammon fortwendet, beginnen ihm die Zinsen nachzulaufen. In ihnen erscheint wieder der vermaledeite Mehrwert. Wenn der mehrwertflüchtige Mikado dahinter kommt, wird er vielleicht sich den ganzen Batzen wieder auszahlen lassen. Damit wird er der Wirtschaft seines Landes zunächst eine gelinde Kreditkrise zufügen, mit Absatzstockung, Arbeitslosigkeit und Vermögensumschichtung innerhalb der besitzenden Klasse. Am Ende wird eine etwas kleinere Gruppe von Kapitalisten ohne ihn den vorhandenen Produktionsapparat unter sich neu aufgeteilt haben und denselben jährlichen Mehrwert herausschessein wie ehedem. Wenn der Mikado es aber vorgezogen haben sollte, den ganzen schnöden Mammon in Banknotenform gelegentlich eines brillanten Palastfeuerwerks einen fröhlichen Raub der Flammen werden zu lassen, so wird die japanische Notenbank in gleichem Umfange auf Grund der unveränderten Golddeckung neue Noten in Form von Krediten in die Wirtschaft leiten: der ominöse Mehrwert zerfällt dann in Notenbankzinsen und Unternehmergewinn. Wenn aber der Erleuchtete auf den letzten Ausweg verfallen sollte, in Zukunft nicht mehr aus der Arbeit seiner gelben Untertanen, sondern aus den Knochen irgendwelcher weißen Teufel Profite zu schinden, so wird dies darauf hinauskommen, daß der japanische Herrscher Dividenden aus ausländischen Unternehmungen bezieht, während irgendwelche englischen oder amerikanischen Gruppen dafür japanische Betriebe kontrollieren.

Auf die Gefahr hin, das Gemüt des Mikado unheilbar zu verdüstern, wage ich ihm zu eröffnen, daß der Mehrwert in der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur jeder noch so mittelbaren Vermögensform anhaftet, aber vielleicht vermacht er sein Riesenvermögen einer Reihe autonomer Stiftungsbetriebe, in denen der jährlich anfallende Mehrwert statutarisch zur Hebung des Lebensstandards der Beschäftigten verwandt wird. Doch ich hege den leisen Verdacht, daß man am Hofe von Tokio nur einen Kostümwechsel der kaiserlichen Profitmethoden im Auge hat. Für diesen Fall empfehle ich dem Erleuchteten, sich auf amerikanische Kanonenwerte zu legen. Mit diesen wird sich vielleicht in nicht allzuferner Zukunft dann nicht nur die Arbeit, sondern auch das Leben seiner Untertanen ihm bezahlt machen.

Richard Fischer und die Spitzelenthüllungen.

Sehr wesentlichen Anteil hat Richard Fischer an der Entlarvung des verbrecherischen Puttkamerschen Lockspitzelsystems, das namentlich in den Jahren 1884 bis 1887 in Hochblüte stand. Richard Fischer hat persönlich in Genf dem Spitzel Haupt die Maske vom Gesicht gerissen, der eine sehr lebhafte aufreizende Propaganda in sozialdemokratischen Kreisen der Schweiz trieb.

Die Spitzel wurden meist im „Sozialdemokrat" von der „Eisernen Maske" gebrandmarkt. Ueber diese „Eiserne Maske" sind vielfach sehr irrige und widerspruchsvolle Berichte verbreitet worden. Ich veranlaßte daher Richard Fischer im Juni 1926, sich über die „Eiserne Maske" einmal schriftlich zu verbreiten. Unter dem 18. Juni 1926 schrieb Richard Fischer an mich:

Lieber Genosse Kampffmeyer!

Soweit ich unterrichtet bin, war die „Eiserne Maske" der Decknamen für einen auf dem Berliner Polizeipräsidium beschäftigten Sekretär namens Hirsch, der in dem Zimmer gearbeitet haben soll, in welchem der Schrank stand für die Akten der sogenannten „Agenten", so daß er die Möglichkeit hatte, gelegentlich Einblick in diese Akten zu nehmen. Hirsch hatte sich an den Genossen Paul Singer gewandt, der seinerseits Genossen Jakob Bamberger mit den weiteren Verhandlungen betraute. Bamberger traf sich zuweilen mit Hirsch und nahm von diesem die Berichte persönlich entgegen.

Längere Zeit nach den Veröffentlichungen im „Sozialdemokrat" schien ein gewisser Verdacht auf Hirsch gefallen zu sein. Ohne daß irgendein Verfahren eingeleitet worden wäre, ward Hirsch kaltgestellt. Ob die Polizei ihm eine Falle gestellt oder ob er sich etwas im Dienst zuschulden kommen ließ — jedenfalls wurde er entlassen, später in einen Betrugsprozeß verwickelt und zu Zuchthausstrafe verurteilt. Er soll auch im Zuchthaus gestorben sein, wenigstens hörte ich von Singer, daß die Witwe sich wiederholt an ihn gewandt habe.

Ich möchte nicht verfehlen, bei der Gelegenheit zu betonen, daß alle von der „Eisernen Maske", also von Hirsch, gemeldeten Angaben sich als richtig herausgestellt haben. Begreiflich! Die später von Schneidt und anderen wiederholt gemachten Versuche, die Angaben der „Eisernen Maske" zu diskreditieren, blieben erfolglos. Der Fall Schüssel-Rohmann liegt ganz einfach. Schüssel war eines Tages auf dem Polizeipräsidium gewesen und von Hirsch gesehen worden. Hirsch hat ihn für Rohmann gehalten, so daß die Annahme nicht ausgeschlossen erscheint, daß Schüssel, ohne Kenntnis seines Associés Rohmann, der Polizei Dienste geleistet hat. P. K.

Das Völkerbundstheater in Genf. Bei den Völkerbundstagungen stellt sich immer von neuem heraus, daß die Stadt Genf bei diesem Anlaß regelmäßig eine starke Anziehungskraft für hervorragende Theatertruppen besitzt. So hat die jetzige Tagung Anlaß gegeben für Gastspiele einer deutschen Truppe unter Leitung von Moissi, für Vorstellungen des Theaters der italienischen Schauspielerin Grammatica und für Aufführungen der „English Players". In Völkerbundskreisen soll man daher in Erwägung ziehen, ein eigenes Theater des Völkerbunds in Genf zu errichten, das künftig derartige Gastspiele organisieren würde.

Otto Klemperer vom Staatstheater in Wiesbaden ist zum Operndirektor der Berliner Staatsoper am Platz der Republik ernannt worden.

Meyerhold sucht ein Berliner Theater. Der russische Regisseur Meyerhold plant für Anfang nächsten Jahres ein längeres Gastspiel in Berlin, wofür er auch eigene Inszenierungen deutscher Stücke vorbereiten will. Das Gastspiel soll sich auf eine längere Zeit erstrecken.

„Veronika", das Repertoirstück des Deutschen Künstler-Theaters siedelt von Sonnabend an ins Lessing-Theater über.

Ein Kongreß der Taubstummen. Dieser Tage begann in Moskau ein Kongreß der in einem Verbande organisierten Taubstummen. Er findet im Klubhause der Taubstummen des Arbeiterstandes statt.

Der uneigennützige Ehrenmann.

Sechstausend Mark verlangt — aber nichts verkauft!

Ehren-Schlichting hat dem „B. T." eine Berichtigung gesandt, in der folgendes zu lesen steht:

„Es ist unwahr, daß ich Anklagematerial gegen Herrn Minister Severing verkauft habe. Ich habe weder von Herrn Bacmeister noch von irgendjemand, der ihm nahesteht, irgendeinen Preis oder ein Geschenk für die von ihm benutzten Mitteilungen erhalten. Das Material, das Herr Bacmeister verwertet hat, erhielt er von meinen Verwandten, denen ich wegen schwerer Erkrankung die Vertretung meiner Ansprüche gegen ehemalige Parteifreunde in Vollmacht übertragen hatte."

Hierzu können wir folgendes mitteilen: Einige Wochen vor Beginn des Verleumdungsfeldzugs gegen Severing erschienen bei dem Leiter eines Bankinstituts, das mit einer rechtsstehenden Angestelltenorganisation zusammenhängt, drei Herren. Der eine von diesen war der rühmlichst bekannte Assessor Kußmann, der vordem von dieser Bank ein Darlehen genommen hatte und hierdurch mit dem Leiter des Instituts in persönliche Beziehungen gekommen war. Herr Kußmann stellte die beiden anderen Herren als Bacmeister und Schlichting vor und erklärte als Zweck des Kommens, daß Herr Schlichting sich um ein Darlehen von 6000 M. bewerbe, für das er jedoch eine sachliche Deckung nicht geben könne. Als der Leiter des Instituts erklärte, daß er sich auf derartige Gefälligkeitsdarlehen nicht einlassen könne und ordnungsmäßige Deckung verlangen müsse, beschwor ihn Kußmann, doch ein Freundschaftsdarlehen zu geben. Er begründete dies ausdrücklich damit, daß Schlichting Material gegen Severing habe und dieses nur gegen Gewährung des Darlehns herausgeben wolle. Der Leiter des Bankinstituts lehnte jedoch diese Pflichtwidrigkeit ab, das Ansinnen des Herrn Kußmann erschien ihm um so seltsamer, als der frühere Staatsanwaltsassessor Kußmann ja mit der Kreditgewährung der Preußischen Staatsbank hauptsächlich befaßt gewesen war. Die Herren entfernten sich darauf mit der Bemerkung, daß sie dann das Geld anderswie auftreiben müßten.

O ja, sie sind Ehrenmänner, die Herren Bacmeister, Schlichting, Kußmann!

Luftwechsel auf kleine Kuchen.

Oder: Kleiner Lehrgang des deutsch-französischen Skats.

In der „Politischen Wochenschrift" der Deutschnationalen schreibt „der politische Beauftragte der Deutschnationalen Volkspartei" Treviranus (bekannt unter dem Namen Gallimathias Treviranus) in einem Aufsatz „Politische Weichenstellung" das folgende:

Aus dem Verhandlungsbericht von Thoiry ist zu entnehmen, daß der Herr Außenminister der französischen Forderung zugestimmt hat, mit der Auslieferung der deutschen Eisenbahnobligationen ernst zu machen. Ueber Wirkung und Folgen solchen Vorgehens wird zu reden sein, wenn Einzelverhandlungen erfolgt sind. Zunächst ist das ein Luftwechsel. Herr Stresemann hat das Recht, auch gewagte Spiele anzulegen. Wir haben aus unserer Verantwortung heraus die Pflicht, bei dem hohen Einsatz der Zukunftsaussichten unseres Volkes ihm in der Hinterhand zuzuspielen und die Trümpfe der nationalen Opposition auszuwerten. Daneben ergibt sich die Pflicht, zu verhindern, daß Spielerehrgeiz Staatswohl gefährdet, daß aus persönlichen Prestigerücksichten reale Trümpfe verschenkt werden. Wir verlangen nicht, daß Deutschland kleine Kuchen geschenkt werden.

Der politische Kannegießer, Holbergs köstliche Erfindung, hätte das auch nicht schöner sagen können.

Die Breslauer Zusammenstöße.

Die Auswirkung der Erwerbslosigkeit.

Breslau, 22. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Zusammenstöße am Dienstag in Breslau haben den stellvertretenden Polizeipräsidenten zu einem Verbot aller öffentlichen Veranstaltungen und aller Umzüge veranlaßt. Am Dienstagabend kam es noch zu kleineren Zusammenstößen. Wie sich herausstellt, ist unter den Opfern doch nur ein Todesopfer zu beklagen: eine Arbeiterin, die sich am Demonstrationszuge beteiligte. Neun der Verletzten mußten in Krankenhausbehandlung genommen werden. 30 Teilnehmer der Demonstration wurden verhaftet.

Die Breslauer Presse macht am Mittwoch den Führern des Demonstrationszuges, von denen einer bis vor kurzem noch dem „Stahlhelm" angehörte, Vorwürfe, weil sie wissen mußten, daß das Betreten des Ringes verboten war und die Demonstration deshalb nicht dorthin hätte führen dürfen. Unser Parteiblatt weist aber darauf hin, daß mit der Schuldfrage für das gestrige Blutvergießen die Sache nicht erledigt sein kann, solange die Not der Erwerbslosen fortdauert und die Verzweiflungsstimmung sich mehrt. Auf sozialdemokratische Initiative hin werden am Donnerstag von der Stadtverordnetenversammlung weitere 600 000 M. für sofortige örtliche Notstandsarbeiten bewilligt werden. Zu beheben ist durch solche einmaligen öffentlichen Arbeiten die umfangreiche Erwerbslosigkeit aber gerade in Schlesien nicht, wo der deutsch-polnische Zollkrieg in manchen Gewerbezweigen die Dauer der Erwerbslosigkeit noch besonders verschärft hat.

Für die Opfer der Tscheka.

Vorstellungen Hendersons.

London, 21. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeiterpartei teilt mit, daß Genosse Henderson durch Vermittlung der Londoner Sowjetvertretung wegen einer Anzahl in Rußland eingesperrter sozialdemokratischer Führer in Moskau vorstellig geworden sei. Insbesondere habe sich Henderson nach dem Schicksal Georg Kutschins erkundigt, der seit zwei Jahren in Einzelhaft sitzt. Kutschin ist kürzlich in den Hungerstreik getreten, um seinem Gesuch nach Unterbringung in einem anderen Gefängnis Nachdruck zu verleihen und um die Erlaubnis zu erwirken, den Besuch seiner Frau zu empfangen, die nach Turkestan abgeschoben worden sei.

Die italienische Handelsflagge in Korsika niedergeholt. Mehrere tausend Personen begaben sich vor das italienische Konsulat und forderten den Generalkonsul auf, die italienische Flagge einzuziehen. Als er sich weigerte, warfen sie mit Steinen die Scheiben ein und rissen das italienische Wappen herunter. Die Polizei war machtlos. Es mußten Soldaten zum Schutze des Konsulats herbeigeholt werden. Die Menge begab sich dann nach dem Hafen, wo drei italienische Dampfer lagen. Man zwang die Kapitäne, die französische Flagge zu hissen.

Neue deutsche Konsulate in Frankreich. Bereits in den nächsten Tagen wird das deutsche Generalkonsulat in Marseille eingerichtet, in den nächsten Wochen folgen deutsche Konsulate in Bordeaux, Le Havre, Lyon und Algier. Ueber die Errichtung deutscher Konsulate in Tunis und Beyruth wird mit der französischen Regierung noch verhandelt.

Arbeiterjugend auf dem Wasser.

Zur Kriegszeit war es. Am Ausgang des Müggelsees hart an der Fähre ein Segelschiff; ein großes Schiff, wie man es in Hafenstädten sehen kann. Es hatte manche Seereise gemacht und manches Gut über das Meer getragen, bis es als unbrauchbar dazu, seinem jetzigen Zwecke dienstbar gemacht wurde. Es bekam den stolzen Namen „Vaterland" und fand als Schulschiff Verwendung. Am Mast wehte die schwarzweißrote Flagge und die Segel blähten sich im Winde als wollten sie das Schiff vorwärtstreiben. Blies der Wind auch noch so sehr — es bewegte sich nicht; denn es stand auf Grund. Die Jugend wurde auf ihm im Seekrieg ausgebildet. Sie benahm sich kriegsmäßig, als wäre sie vor dem Feinde, und über das Wasser erschollen Kriegslieder: „Stolz weht die Flagge . . . dem Feinde weh, der sie bedroht."

Dann kam die Revolution. Eine Filmgesellschaft ließ das Schiff in die Luft sprengen, seine Trümmer wurden zu Brennholz zerschlagen. Aber es war auch morsch das Schiff und hätte sowieso nicht mehr lange gehalten. Nur zwei Ruderjollen sind der Vernichtung entgangen. Sie dienten ehemals der „Vaterland" als Rettungsboote. Die Jugend übernahm sie und setzte sie notdürftig instand. Es waren die Jungen und Mädel der Sozialistischen Arbeiterjugend. Sie hatten noch nie gerudert. Ging es auch in der ersten Zeit nicht so glatt wie bei den Jungens vom „Vaterland", so sagten sie sich doch: „Uebung macht den Meister," und kämpften mit den Wellen frisch darauf los. Wenn sie über den großen Müggelsee fahren, dann weht am Bug der rote Wimpel und sie singen fröhliche Lieder. Das zweite Boot aber liegt im Bootshaus eines bürgerlichen Ruderklubs, treulich bewacht und wenig gebraucht. Nur ab und zu sieht man es auf dem Wasser. Seine Insassen hassen die rote Fahne. Die Arbeiterjugend aber rudert mit kräftigen Armen, und munter klingt das Lied: „Mit uns zieht die neue Zeit."

Das verlorene Kind wiedergefunden.

Der „Spaziergang" nach Beelitz.

Wie uns aus Beelitz gemeldet wird, ist dort heute morgen das verschwundene Mädchen mit dem Kinde in der Behausung von alten Leuten aufgefunden worden. Beide sind wohlbehalten. Außer einem Oberstadtsekretär, der das Mädchen mit dem Kinderwagen auf der Chaussee von Beelitz-Heilstätten nach Beelitz-Ort sah und alsbald die Polizei benachrichtigte, fiel das Mädchen in der Pflegerinnentracht auch noch anderen Leuten auf. Es war mit dem schönen Kinderwagen in Beelitz eine ungewohnte Erscheinung.

So wurde auch die Gattin des Rechtsanwalts Dr. Jäger in Beelitz auf einem Spaziergang aufmerksam. Sie folgte dem Mädchen und beobachtete, daß es zu einem Friseur fuhr. Während der Wagen draußen stehen blieb, ließ die junge Pflegerin von dem Friseur nicht nur sich, sondern auch dem kleinen Mädchen einen Bubikopf schneiden. Frau Dr. Jäger beschäftigte sich mit dem niedlichen Kinde und fragte auch die Pflegerin nach diesem und jenem. Erna Sannig schwindelte ihr dabei allerlei vor. Sie erzählte, daß sie allein die volle Aufsicht über das Kind habe. Die Mutter kümmere sich kaum um die Kleine und überlasse alles ihr. So sei sie denn mit der Kleinen, zu der sie eine große Zuneigung gefaßt habe, am Montag einmal ins Freie gefahren. Auf die Frage, wo sie denn die Nacht über mit dem Kinde geblieben sei, erwiderte sie, sie habe mit ihm im Hotel gewohnt. Alle Rechnungen und Kosten würden von dem Charlottenburger Arzt bezahlt. Die Frau gewann wohl den Eindruck, daß das Mädchen nicht ganz normal sei und machte sich auch Sorgen um das Kind. Sie konnte aber doch nichts unternehmen, weil noch keinerlei Verdacht vorlag. So fuhr denn das Mädchen mit dem Kinderwagen den Tag über in dem Ort herum und suchte auch mehrere Bekannte ihrer Familie auf. Erst gestern spät abends erhielt Frau Dr. Jäger durch Funkspruch Kenntnis von dem Verschwinden des Mädchens mit dem Kinde. Weil die Pflegerin auch von alten Leuten als Bekannten ihrer Familie gesprochen hatte, so unternahm sie mit ihrem Manne sofort alle Schritte, um diese alten Leute zu ermitteln. Das gelang denn auch. Diese alten Leute sind ein früherer Schuhmachermeister und seine Frau, die in Beelitz auf dem Altenteil wohnen. Bei diesen beinahe 80 Jahre alten Leuten entdeckte man das Mädchen und das Kind. Erna Sannig wurde auf Anordnung der hiesigen Kriminalpolizei in Beelitz vorläufig festgenommen. Sie ist in der Tat wohl nicht ganz normal.

Abonnentenversicherung!

Zu den Lockmitteln, mit denen manche Zeitungen und Zeitschriften ihre Abonnentenzahl aufzubessern versuchen, gehört die Abonnentenversicherung. Wer abonniert, der kriegt als „Gratiszugabe" eine Unfall- oder Todesfallversicherung, die für ihn der Verlag bezahlt. Bei diesem Geschäft profitiert auch die Versicherungsgesellschaft, da sie auf einem Umwege einen Versicherungsnehmer gewinnt, der sonst für sie nicht zu haben gewesen wäre. Freilich muß, wer sich durch solchen Köder fangen läßt, recht aufmerksam die Bedingungen lesen, deren Tragweite nicht immer sogleich erkannt wird.

Aus Anlaß eines Vorkommnisses, das uns gemeldet wird, halten wir für nötig, wieder einmal zur Vorsicht zu mahnen. Eine Frau war von dem redegewandten Werber eines Zeitschriftenverlags zu einem Abonnement bewogen worden, ihr Ehemann aber, der erst später davon erfuhr, schrieb dem Verlag, daß er kein Geld zum Weiterbezug der Zeitschrift habe. Als Antwort erhielt er einen Brief von einem Rechtsanwalt, der ihn belehrte, die Zeitschrift sei auf ein volles Jahr bestellt und könne nicht vorzeitig abbestellt werden, da die Firma selber für jeden Abonnenten die Versicherungsprämie für ein volles Jahr im voraus zahlen müsse. Für den Fall weiterer Weigerung, vertragsgemäß die Zeitschrift abzunehmen, drohte der Rechtsanwalt mit Klageerhebung.

Wir wollen es uns versagen, hier den Zeitschriftenverlag oder die Versicherungsgesellschaft zu nennen, die vielleicht die Nennung gar noch als erwünschte Reklame begrüßen könnten. Uns kommt es auf diesen Einzelfall allein nicht an, sondern wir wünschen, daß in jedem Fall die von den Abonnentensammlern heimgesuchten Frauen gegenüber dem Angebot einer Abonnentenversicherung größte Vorsicht üben. Trotz der Fülle von Versicherungsgesellschaften aller Art, mit denen wir gesegnet sind, fehlt es bisher noch an einer Versicherungsgesellschaft zum Ersatz von Schaden aus Reinfällen, die man mit einer Abonnentenversicherung erleben kann. Das beste Schutzmittel ist die Selbstversicherung nach dem Rezept: „Augen auf und Taschen zu!"

Die Frau mit der Scheintodpistole.

Die Treppen des Hochbahnhofes Danziger Straße hinabterkelt, offenbar gänzlich betrunken, ein etwa 30jähriger Mann. Er singt mit dorftiger Bierstimme unenträtselbare Lieder, stößt sich wie ein Uebereifriger beim Selbsttraining in die Seiten und bändelt schließlich mit einer Frau an, die gerade in Eile die Treppen überquert. Sein Werben ist wenig zart, die Antwort der Frau sehr deutlich. Als darauf der Mann aggressiv wird, zieht die Frau kaltblütig einen Revolver. Es knallt durchdringend. Der Trunkene torkelt, überschlägt sich, rollt über den Boden, steht auf und läuft dann hilfeschreiend davon. Schreckensrufe von allen Seiten des Bahnhofs, Bahnbeamte eilen herzu, schnell angesammeltes Publikum diskutiert aufgeregt, es herrscht Lynchstimmung, die nur nicht weiß, gegen wen sie sich wenden soll. Jetzt naht ein Polizist, der der Frau einen Waffenschein abverlangt. Neugierige stehen in dichten Mengen. Man murrt: Wie konnte die Frau dem harmlosen Süffel sofort mit dem Revolver entgegentreten. Auf dem Polizeibureau enträtselt sich die Sache: das beschlagnahmte Schießzeug war eine — Scheintodpistole, zu deren Besitz kein Waffenschein erforderlich ist. Die Frau wird entlassen, der alkoholisch geladene Krakeeler, der den Wirbel verursachte, auch. Wenn die Frau jetzt gegen ihn klagt, wird man wegen tätlicher Beleidigung gegen den Burschen vorgehen. Eine ernste Frage ist aber hierbei angebracht: Was sind das für Zustände in der Weltstadt Berlin, wenn sich einzeln gehende Frauen, um sich vor Belästigungen zu schützen, mit Pistolen ausrüsten müssen?! Ist es nicht ein Beweis, daß die Frau, die sich mit einer solchen Waffe versieht, bereits darauf verzichtet hat, von den öffentlichen Gewalten Schutz zu erwarten und sich nur auf Selbsthilfe verläßt?

Beraubte Wertbriefe.

Ein im Dienst ergrauter Beamter, der Postassistent Karl H. aus Moabit, wurde in Magdeburg festgenommen, weil er Einschreibebriefe und Wertsendungen beraubt hat. Seit vielen Jahren fuhr er auf verschiedenen Strecken als Bahnpostbeamter, zuletzt auf der Strecke Berlin—Magdeburg. Hier verschwanden seit einiger Zeit wiederholt Einschreibe- und Wertbriefe. Ein Postrat der Untersuchungsabteilung der Oberpostdirektion fuhr nun vorgestern nach Magdeburg und nahm eine ganz unvermutete Kontrolle vor. Hierbei zog er H. einen soeben von ihm unterschlagenen Einschreibebrief aus der Tasche. Der Ueberraschte konnte nun nicht mehr leugnen. Die weitere Untersuchung ergab, daß er auch stark versiegelte Briefe geöffnet und den Inhalt herausgenommen hatte. Er hatte sie so geschickt wieder verschlossen, daß ein Bruch der Siegel gar nicht zu merken war. Der Verhaftete wurde nach Berlin gebracht. Er hat 16 Fälle bereits zugegeben, wahrscheinlich aber fallen ihm 25 bis 30 Fälle zur Last. H. will durch Krankheiten in seiner Familie in Not geraten und dadurch zu den Veruntreuungen gekommen sein.

Großfeuer in Fürstenwalde.

Gestern abend gegen 8 Uhr wurden die Feuerwehren von Fürstenwalde und sämtlichen umliegenden Ortschaften auf den Ruf Großfeuer alarmiert. Auf dem Holzlagerplatz der Firma Walter Friedrich war auf noch unaufgeklärte Weise ein Feuer ausgebrochen, welches unter anderem einen großen Holzlagerschuppen mit reichem Holzvorrat vollständig vernichtet hat. Dadurch, daß der Benzintank eines unter dem Schuppen stehenden Lastautos explodierte, griff das Feuer mit rasender Geschwindigkeit um sich.

Den Anstrengungen der Feuerwehr gelang es, das Feuer an dem Uebergreifen auf die in der Nähe befindlichen Baulichkeiten zu verhindern. Auf viele Kilometer Entfernung im Umkreise ist das Feuer durch einen roten Schein am Himmel sichtbar gewesen. Die ganze Nacht hindurch hatten die Feuerwehrmannschaften mit dem Ablöschen und den Aufräumungsarbeiten zu tun. Der Schaden, der teilweise durch Versicherung gedeckt sein soll, beläuft sich auf mehr als 100 000 Mark.

100 Millionen in der Berliner Sparkasse. Die Einlagen der Berliner Sparkasse haben im Monat August die Summe von 100 Millionen Mark überschritten. Die Einlagen zählten am Ultimo August 101,7 Millionen. Zum gleichen Zeitpunkt des Jahres 1925 betrugen die Einlagen 66 Millionen, im Jahre 1924 16 Millionen.

Der Unterverband Brandenburg des Reichsstädtebundes hält seine diesjährige Tagung am 24. und 25. September in Perleberg ab. Syndikus Dr. Haeckel, Berlin, spricht über die wichtigsten Fragen der kommunalen Praxis. Ferner wird u. a. verhandelt über: Umgestaltung der höheren Mädchenschulen, Errichtung einer Beamtenfachschule für die Provinz Brandenburg, Neueinrichtung von Registraturen, Melde- und Wahlkarteien, Teerstraßenbau in der Klein- und Mittelstadt, Aenderungen und Ergänzungen der Satzung des Brandenburgischen Sparkassen- und Giro-Verbandes. Die SPD.-Vertreter versammeln sich zu einer Vorbesprechungen am Donnerstag, den 23. September, nachm. 5 Uhr, im „Bürgergarten".

Zeugen gesucht! Passanten, welche am 13. Juni nach der Demonstration der nationalistischen Verbände im Lustgarten beobachtet haben, wie bei einer Ansammlung Unter den Linden (Nähe Zeughaus) ein Jugendlicher von einem Schutzbeamten mit dem Gummiknüppel zu Boden geschlagen und ein junges Mädchen, welches ihn aufhob, unter der Beschuldigung, sie habe mit Steinen geworfen, fixiert wurde, wollen sich umgehend brieflich oder mündlich (9—5 Uhr, Mittwoch und Freitag 9—7 Uhr) im Jugendsekretariat, SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, II Tr., Zimmer 11, melden. Eile tut not! Unkosten werden erstattet.

Zum Gartzer Brückeneinsturz.

Die Allgemeine Bau-A.-G., die die zerstörte Oderbrücke bei Gartz errichtet hatte, gibt folgende Erklärungen ab:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gartz hat in ihrer außerordentlichen Versammlung am 21. d. M., abends 8 Uhr, beschlossen, den am 19. September gefaßten Beschluß, das Vermögen der ausführenden Firma der Allgemeinen Bau-A.-G. zu beschlagnahmen, einstimmig wieder aufzuheben. Ein Verschulden der Baufirma am Brückeneinsturz konnte nicht festgestellt werden. Ueber die Ursache des Brückeneinsturzes gehen die Ermittlungen weiter. Man nimmt an, daß der Einsturz durch die im Flußbett der Oder vorkommenden wandernden Moore verursacht worden ist. Auch rechnet man mit der Möglichkeit von Bodenverwerfungen durch Hochwassereinflüsse. Ein ähnliches Vorkommen ist vor etwa 4 Wochen bei der Eisenbahnbrücke in Reglitz bei Podejuch festgestellt worden, wo ein für die Eisenbahnbrücke hergestellter mächtiger Pfeiler infolge Bodenverwerfungen versank. Mit den Aufräumungsarbeiten beim Brückeneinsturz ist bereits begonnen worden. Die Neuherstellung der Brücke dürfte in nicht allzu langer Zeit zu erwarten sein.

Bezüglich der ungelernten Arbeiter wird mitgeteilt, daß diese nur auf Veranlassung der Stettiner und Gartzer Behörden Verwendung finden mußten und daß diese Arbeiter selbstverständlich nur zu Hilfsarbeiten, also Transport von Materialien, Brüstungen und Geräten herangezogen wurden. Auch die Mitteilung, daß die Arbeiter 12 bis 14 Stunden täglich arbeiten mußten, entspricht nicht den Tatsachen. Der Tag ist in drei Schichten von je 8 Stunden eingeteilt gewesen, so daß Beschäftigungen über diese Zeit hinaus nicht stattgefunden haben können."

Die Untersuchung des Unglücks wird ergeben, inwieweit die Behauptungen der Firma im einzelnen zutreffend sind.

Eisenbahnunfälle in Schlesien. Gestern abend gegen 10 Uhr fuhr beim Bahnhof Czerwionka der von Kattowitz kommende Personenzug, wahrscheinlich infolge Nichtbeachtens der Signale, auf einen mit Kohlen beladenen Güterzug auf. Zwei Wagen des Güterzuges wurden vollkommen zertrümmert, drei Wagen stürzten die Böschung hinab. Die Lokomotive des Personenzuges blieb an der Birawkabrücke über einem etwa zehn Meter tiefen Abgrund hängen. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch trugen einige Personen Verletzungen davon. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Die Sturmkatastrophe in Amerika. Wie aus Mobile (Alabama) gemeldet wird, dauerte der Orkan in der Stadt 19 Stunden. Der angerichtete Sachschaden ist auch hier beträchtlich, doch sind Menschen nicht ums Leben gekommen. Wie aus New Orleans gemeldet wird, verlor der Orkan im südlichen Teil des Staates Mississippi an Stärke. Der Sachschaden in Pensacola ist sehr groß. Verluste an Menschenleben sind hier nicht zu verzeichnen. Der bei der Louisville- und Nashville-Eisenbahn angerichtete Schaden beträgt schätzungsweise eine Million Dollar.

„Das Bezirksamt Neukölln entsendet einen Vertreter."

Man schreibt uns: Die kommunistische Parole „Kongreß der Werktätigen" zündet absolut nicht. Deshalb werden täglich in der „Roten Fahne" in möglichst großer Aufmachung Nachrichten gebracht, wonach dieser oder jener Betrieb die Beschickung beschlossen haben soll. Wie es gemacht wird, beweist eine solche Meldung in der Nummer vom 17. September mit der knalligen Ueberschrift: „Das Bezirksamt Neukölln entsendet einen Vertreter." Danach soll die Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks Neukölln beschlossen haben, das Bezirksamt möge einen Vertreter zu oben genanntem Kongreß entsenden. Diese Meldung ist unwahr. Der Vorgang, um den es sich handelt, spielte sich wie folgt ab:

Es lag ein entsprechender kommunistischer Antrag vor, der von einem Redner der KPD.-Fraktion begründet wurde. Da sonst niemand das Bedürfnis verspürte, sich zu dem Unsinn auszusprechen, ließ der Vorsteherstellvertreter Raddatz, ein Kommunist, abstimmen. Für den Antrag stimmten nur die anwesenden Kommunisten, etwa ein Dutzend. Alle übrigen Mitglieder der Versammlung, es waren etwa 30 im Saale, stimmten dagegen. Darauf ohrenbetäubender Lärm von den hinbestellten Tribünenbesuchern mit den üblichen Schimpfworten, die ja bekannt sind. Während dieses Getöses hat, wie jetzt festgestellt, der Vorsteherstellvertreter die Annahme des Antrages proklamiert.

Von der Arbeiterwohlfahrt.

Am Freitag, den 24. September 1926, dem Vortag der öffentlichen bevölkerungspolitischen Tagung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt e. V., die am 25. und 26. September im Volkshaussaal in Jena stattfindet, tritt nachmittags 3 Uhr der Hauptausschuß zu seiner zweiten Reichssitzung in Jena (kleiner Saal des Volkshauses) zusammen. Die Tagesordnung ist den Mitgliedern des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt bereits bekanntgegeben. Teilnahmeberechtigt sind die im Sinne des Beschlusses der Vertreterkonferenz vom 4. Januar 1925 in Berlin gewählten Vertreter der Bezirke und die Mitglieder des erweiterten Arbeitsausschusses (Vorsitzende der einzelnen Fachkommissionen des Hauptausschusses und deren Stellvertreter). Anträge der Bezirks- oder Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt zur Reichssitzung des Hauptausschusses sind durch Rundschreiben bis zum 5. September d. J. angefordert worden.

Die Wohnungskommission der Arbeiterwohlfahrt in Jena ist am Freitag, den 24. September, nachmittags ab 2 Uhr, im Hotel „Zum Löwen", ab Sonnabend früh im Volkshaus zu sprechen.

Eine neue sozialdemokratische Zeitschrift. Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt e. V. gibt vom 1. Oktober ab 14tägig eine Zeitschrift heraus: die „Arbeiterwohlfahrt". Die Zeitschrift wird die sozialdemokratischen Forderungen auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege vertreten, neue Ereignisse der Gesetzgebung, Verwaltung und innerhalb der freien Wohlfahrtspflege kritisch würdigen, den Bezirks- und Ortsausschüssen und den einzelnen Mitarbeitern ein Führer in Theorie und Praxis der Wohlfahrtspflege sein. Sie wird die Arbeits- und Berufsinteressen des Wohlfahrtsbeamten und -Angestellten behandeln. Sie wird die Erfahrungen, die innerhalb der Organisation gemacht werden, vermitteln. Und sie wird nach dem Wort der Vorsitzenden der Arbeiterwohlfahrt, Genossin Juchacz, ein Kampforgan sein. Bestellungen sind zu richten an den Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis für die Einzelnummer 3 M., für das Vierteljahr 1.50 M. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Genossin Hedwig Wachenheim, Berlin W. 15, Emser Straße 37.

„Der Jugendhelfer, Tatsachen und Forderungen", ist Gegenstand einer öffentlichen Tagung, die der Bund entschiedener Schulreformer in den Tagen vom 2. bis 5. Oktober im Schöneberger Rathaus veranstaltet. Unter den Rednern sind Professor Paul Oestreich, Ministerialrat Dr. Gertr. Bäumer, Volkshochschuldirektor Dr. Paul Honigsheim-Köln, Stadtrat Walter Friedländer, Berufsberater Ziesler, Heimleiter Prof. Dr. E. von Dühring-Frankfurt a. M., Lehrerin Lisa Rietz, Stadtarzt Dr. Kurt Bejach, Polizeiwohlfahrtsstellen-Leiterin Margarete Dittmer, Frauenhilfsstellen-Leiterin Charlotte Wieking, Landgerichtsrat Dr. Gerhard Danziger, Amtsrichter Dr. Otto Raegele-München, Jugendgerichtshelferin Charlotte Meyer, Lic. Dr. Sigmund-Schultze, Dezernent Dr. Egon Behnke, Dr. Kurt Bondy-Altona. Die Teilnehmerkarte kostet 6 M. für die ganze Veranstaltung, 1 M. für den einzelnen Halbtagsabschnitt. Programme und Karten durch die „Werkfreude", Berlin W., Kurfürstenstr. 104.

Eine Besichtigung der Siedlung für kinderreiche Familien in Hohenschönhausen an der Landsberger Chaussee, die von der Gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgenossenschaft „Die kinderreiche Familie" in Berlin N. 4 erbaut wird, findet am Sonntag, den 26. September 1926, nachmittags 3 Uhr, statt. Es werden hierzu alle Mitglieder der Genossenschaft sowie Parteigenossen, die kinderreich sind, eingeladen, daran teilzunehmen.

Stillstand der Typhusepidemie.

Die Zahl der Erkrankungen nicht gestiegen.

Hannover, 22. September. (VS.) Nach den amtlichen Mitteilungen ist die Zahl der Kranken und Typhusverdächtigen in den städtischen Krankenhäusern und Hilfshospitälern nicht gestiegen, sondern beträgt unverändert 1721. Es ist dies allerdings nur ein relativer Stillstand, der dadurch entstanden ist, daß 12 Personen bereits als geheilt aus den Krankenhäusern entlassen worden sind und weitere 8 Personen der Seuche erlegen sind. Die Zahl der Todesopfer ist nunmehr auf 88 gestiegen. Während des gestrigen Tages wurden 20 neue Typhusfälle in die städtischen Krankenhäuser eingeliefert.

Großfeuer in Limburg a. d. Lahn. Heute nachmittag entstand in der hiesigen Kunstmanufaktur ein Großfeuer, deren Gebäude vollkommen niederbrannten. Die Feuerwehren hatten schwer zu kämpfen, um ein Uebergreifen des Feuers auf benachbarte Fabrikgebäude zu verhindern. Das Feuer entstand durch die Fahrlässigkeit eines fünfzehnjährigen Knaben, der sich sein Feuerzeug mit Benzin füllen wollte.

Wieder Achtstundentag!

In den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten.

Die Sektion Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte zu Dienstag abend nach den Sophiensälen für ihre Mitglieder eine Versammlung einberufen, in der zuerst der Sektionsleiter Schulz einen ausführlichen Bericht über die Reichskonferenz in Düsseldorf gab. Es folgte dann eine längere Diskussion über den auf Anordnung der Zentrale der KPD. in allen Versammlungen eingebrachten Antrag, Delegierte für den sogenannten „Kongreß der Werktätigen" zu wählen. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, aber es wurde doch soviel erwirkt, daß ein Teil der Versammlungsbesucher vorzeitig die Versammlung verließ. Immerhin ein Erfolg für die KPD.

Genosse Rochowski behandelte dann die wichtigste Frage: „Wiedereinführung des Achtstundentages in den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten." Er schilderte zunächst die Vorkriegsverhältnisse in diesen Anstalten, wo, begünstigt durch die damals bestehende Gesindeordnung, eine unmenschlich lange Arbeitszeit und völlige Unfreiheit des Personals bestand. Erst durch die Revolution wurde hier Wandel geschaffen. Das Personal, das inzwischen auch die Notwendigkeit des festen organisatorischen Zusammenschlusses erkannt hatte, bekam die achtstündige Arbeitszeit.

Die im Jahre 1923 beginnende Flucht aus den Gewerkschaften, die auch im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband einsetzte, rächte sich auch an dem Pflegepersonal. Im Reiche wurde 1924 allgemein die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt; nur in Berlin gelang es durch die Organisation und durch die Bemühungen Dr. Silbersteins, eine Verlängerung der Arbeitszeit über 9 Stunden zu verhindern. Die Organisation ruhte aber nicht, das Verlorene wiederzuholen. Nach langen, schwierigen Verhandlungen ist es dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter nunmehr gelungen, den Magistrat zu einer Verfügung zu veranlassen, wonach für das Pflegepersonal, soweit dazu keine besonderen Mittel notwendig sind, bis zum 1. Oktober die achtstündige Arbeitszeit wieder eingeführt werden muß. Wo Neueinstellungen erforderlich sind, soll die Verkürzung bis zum 1. November durchgeführt sein. Des weiteren wurde in erneuten Verhandlungen am Dienstag erreicht, daß auch für das gesamte Haus- und Wirtschaftspersonal der Achtstundentag wiedereingeführt werden soll. Diese Umstellung soll bis zum 1. Januar 1927 durchgeführt sein.

Genosse Rochowski wies aber auch darauf hin, daß der Erfolg der Organisation nur möglich war, weil in den städtischen Kranken- und Pflegeanstalten wieder ein gutes Organisationsverhältnis besteht. Die Mitglieder müssen durch rege Agitation dafür sorgen, daß auch in den privaten Berliner Heilanstalten das Organisationsverhältnis wieder ein besseres wird, damit auch dort, wo die Verhältnisse meist sehr im argen liegen, wieder menschenwürdige Lohn- und besonders Arbeitsverhältnisse eingeführt werden können.

Tarifkündigung im Verkehrsgewerbe.

Verschleppung der Verhandlungen.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verkehrsbundes hat zum 30. September sämtliche mit den Berliner Verkehrsgesellschaften abgeschlossenen Lohntarife gekündigt. Die Tarife wurden im November vorigen Jahres neu abgeschlossen und blieben bis jetzt unverändert bestehen.

Der Direktion der Straßenbahn ist die Forderung überreicht worden, eine Zulage von 8 Pf. pro Stunde zu gewähren, was ungefähr einen Ausgleich für die seit Abschluß des letzten Lohntarifes eingetretene Teuerung gleichkäme. Trotzdem der Verkehrsbund schon mehrmals um Verhandlungen nachgesucht hat, ist die Direktion der Straßenbahn bis jetzt jeder Verhandlung ausgewichen. Das Personal ist nicht zu unrecht über die Verschleppungspolitik ungehalten, zumal die in diesem Sommer erzielten Verdienste nur durch die äußerste Arbeitsanspannung des Personal erzielt werden konnten.

Tarifkonflikt der Putzer.

Um die Löhne.

Die im Baugewerksbund organisierten Putzer beschäftigten sich in einer überfüllten Versammlung am Dienstag in den Residenzfestsälen mit dem Ergebnis der nochmaligen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrags.

Bekanntlich hatten der Verband der Berliner Baugeschäfte und die Arbeitsgemeinschaft der deutschen industriellen Bauunternehmungen den bestehenden Tarifvertrag zum 30. September gekündigt und eine Anzahl Abänderungsanträge gestellt. In den Verhandlungen am 23. August war in den meisten Punkten, in denen es sich hauptsächlich um redaktionelle Aenderungen handelte, eine Einigung erzielt worden. Keine Einigung wurde erzielt über die Vorschläge der Unternehmer, das Aufmaß (Akkordberechnung nach Quadratmetern) neu festzusetzen. Sie forderten u. a., daß bei den Innenputzarbeiten sämtliche Türen sowie Fenster mit über 4 Quadratmeter Flächeninhalt nicht mehr mitgerechnet werden sollen, ohne daß für den dadurch entstehenden Verdienstausfall eine entsprechende Erhöhung der Preise für Innenputz erfolgen sollte.

Nachdem die Putzer in einer Versammlung diese Vorschläge der Unternehmer abgelehnt hatten, erklärten sich die Unternehmer in der Verhandlung am 6. September bereit, den Preis für Innenputz um 5 Pf. pro Quadratmeter zu erhöhen, wodurch der durch den Wegfall der Fenster und Türen entstehende Verdienstausfall mit wenigen Ausnahmen ausgeglichen wird. Der Fachgruppenleiter Genosse Lehnig empfahl der Versammlung, dem Verhandlungsergebnis zuzustimmen, da es den Unternehmern nicht gelungen sei, einen Lohnabbau durchzusetzen.

Die darauf vorgenommene Abstimmung ergab die Annahme der Vorschläge, die nur Aenderungen redaktioneller Natur sind. Die über die Neufestsetzung des Aufmaßes gemachten Vorschläge sowie die Forderung der Unternehmer, die Preise für Schlemm- und Filzarbeiten zu reduzieren, wurden einstimmig abgelehnt. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß sie eher einen tariflosen Zustand als eine Neufestsetzung des Aufmaßes hinnehme. Da am Donnerstag nochmals Verhandlungen mit den Unternehmern stattfinden, wird eine neue Versammlung dann die endgültige Entscheidung treffen.

Ein neuer Verräter.

Der englische Bergarbeiterführer Cook.

Die „Rote Fahne" bringt in großer Aufmachung ein im „Daily Herald" veröffentlichtes Interview mit Cook über die Lage im englischen Bergarbeiterstreik. Die „Rote Fahne" knüpft an diese Ausführungen, die ziemlich pessimistisch gehalten sind, folgenden Kommentar:

„Diese Ausführungen Cooks klingen in keiner Weise kämpferisch. Sie sind sicherlich nicht geeignet, die durch die furchtbaren Entbehrungen gedrückten kämpfenden Bergarbeiter aufzumuntern. Cook scheint nach diesen Ausführungen die vollkommene Kapitulation der Bergarbeiter vor den Unternehmern im Auge zu haben."

Also schon wieder ein Verräter! Der große Cook, den die KPD. wiederholt nach Deutschland berufen hatte, um hier die deutschen Gewerkschaften in Grund und Boden zu reden, entpuppt sich als ein ganz gewöhnlicher „Agent der Bourgeoisie", der die „vollkommene Kapitulation der Bergarbeiter vor den Unternehmern" im Auge hat. Das sind die großen Leute der Bolschewisten, die heute von Moskau als Messias der neuen Heilslehre aufgeputzt, morgen als verbrauchter Strohwisch in die Ecke gestellt werden.

Internationaler Transportarbeiterkongreß.

Fimmen als Generalsekretär unter Vorbehalt bestätigt.

Paris, 22. September. (WTB.) Der Internationale Transportarbeiterverband hat gestern abend seine Arbeiten beendet. Die gestrige Sitzung wurde fast vollkommen von einer Aussprache über die Tätigkeit des Generalsekretärs Fimmen in Anspruch genommen, dem insbesondere von belgischer Seite bolschewistische Tendenzen vorgeworfen wurden. Schließlich wurde ein Antrag der deutschen Delegation, mit dem Fimmen sich einverstanden erklärte, daß der Exekutivausschuß das Verhalten des Generalsekretärs einer eingehenden Untersuchung unterwerfen und seine Handlungsfreiheit beschränken solle, angenommen und Fimmen somit in seiner Eigenschaft als Generalsekretär bestätigt. Der Exekutivausschuß des Internationalen Transportarbeiterverbandes ist folgendermaßen gebildet worden:

Cramp-England, Döring-Deutschland, Tomschig-Oesterreich, Lendley-Skandinavien, Bidgaray-Frankreich. Die nächste Tagung findet im Jahre 1927 statt.

Streik bei Likke & Co.

In der Metallschleiferei und galvanischen Anstalt Likke u. Co., Exerzierstr. 4 a, bestehen seit einiger Zeit Differenzen mit den Schleifern. Trotz aller Bemühungen des Betriebsrats war eine Einigung nicht zu erzielen. Am 17. September wurde im Beisein des Vertreters vom Deutschen Metallarbeiterverband eine Verhandlung geführt. Auch dort erklärte der Inhaber Schulz, für die strittige Arbeit der Mundstücke nicht mehr zahlen zu können. Es wurde der Vorschlag gemacht, die strittige Arbeit in Lohn auszuführen. Trotzdem die Schleifer bei dieser Lohnarbeit gegenüber der Akkordarbeit 30 Pf. pro Stunde weniger verdienen, wurde auch dieses abgelehnt. Bei dieser Aussprache hat sich der frühere Schleifer und heutige Schieber Albert Kalbe besonders hervorgetan. Dieser gute Mann platzte wie das große Tier im Porzellanladen hinein, indem er erklärte, daß es doch unerhört wäre, andere Leute, die billiger arbeiten wollen, davon abzuhalten. Er drohte, daß von einer anderen Firma bereits ein Strafantrag gestellt wäre. Der Vertreter des DMV. Otto Koch I hat diesem würdigen Vertreter des Kapitals die gebührende Antwort gegeben.

Nach der ersten Verhandlung hat der Organisationsvertreter sich nochmals bemüht, eine Einigung zu erzielen; diese scheiterte jedoch an dem Widerstand des Firmeninhabers. Es wird nochmals betont, daß für die strittige Arbeit bei anderen Firmen ein weit höherer Preis gezahlt wird und daß demnach auch die Firma diese Arbeit höher bezahlen könnte. Der Betrieb ist demnach für alle organisierten Schleifer und Berufsgenossen bis auf weiteres gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung Portiers! Wohnungsuchende!

Seit einigen Tagen erscheinen in der bürgerlichen Presse Inserate folgenden Inhalts:

„Portierstellen, tauschlose Wohnung, vermittelt Portierverband, Baruther Str. 7."

Meldet sich nun ein Wohnungsuchender auf dieses Inserat, so muß er erst die Mitgliedschaft zu einem „Verein der Hauswarte und Portiers" erwerben. An Beitrag und Aufnahmegebühr sind 2,50 M. zu entrichten. An die Stellung resp. Wohnung ist natürlich nicht zu denken. Wir haben bereits das Landesarbeitsamt sowie das Polizeipräsidium auf diese Schwindelgesellschaft, die aus drei Herren und einer Dame besteht, aufmerksam gemacht.

Deutscher Portierverband, Sektion 7 des deutschen Verkehrsbundes, Berlin W. 30, Bayreuther Str. 31.

Die Verhandlungen im englischen Streik.

London, 22. September. (Reuter.) Die Besprechungen des Premierministers Baldwin mit den Bergarbeiterführern wurden um 1 Uhr früh vertagt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg.

Einladung zur außerordentlichen Ausschuß-Sitzung zum Mittwoch, den 29. September 1926, nachmittags 5 Uhr, im Kassenlokal Magdalenenstraße 16, vorn 1 Treppe (Badeanstalt).

Tagesordnung:

1. Vorlegung der Entwürfe für das neu zu errichtende Verwaltungsgebäude.
2. Beschlußfassung darüber.
3. Kassenangelegenheiten.

O. Seifel, 1. Vorsitzender.

Rasierklinge.

„Streubel's Feingold" (früher Herkelklasse) die immer anerkannt beste, für verwöhnte Selbstrasierer, a Künstl. i. ihr. Fach geschliff. u. gehärtet, besitzt diese Klinge eine Feinheit d. Schnittes, die geradezu verblüffend wirkt. Tägl. Lob- u. Dankschreib. beweisen die erstklassige Qualität. In 800 Geschäften Groß-Berlins erhältlich, wo nicht, beim Fabrik. H. Streubel, Berlin SO, Taborstr. 12. Dies. versendet 10 Kling. p. 2,75 M., dabei 1 Rasierapparat od. Seife od. Klingenschärfer gratis.

Berliner Elektriker Genossenschaft

angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4. Tel.: Pfalzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager: Alexanderstraße 39-40 (Alexander Passage), Telephon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen. Verkauf aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführg. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Ischias ... Ärztl. empfohlen.

URANIA

Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre

Gratis-Prospekte durch d. Annahmest. und die Botenfrauen des „Vorwärts"

Teilzahlung! Kulante Bedingungen! Abzahlung v. 2.50 an Göricke, Brennabor Opel, Multiplex, NSU Wittler, Monopol, Triumph. Spezialräder bar 45.—, Damenräder 60.—, Rahmen 20.—. Schlawe, Berlin 145, Weinmeisterstr. vier.

Adolf Hoffmann

Episoden und Zwischenrufe

aus der Parlaments- und Ministerzeit.

Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.

Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.